

1933: Brauner Terror auch in Rotenburg - Politische Gegner in "Schutzhaft"

Von Wilfried Pfister

„In Schutzhaft nehmen“ - So nannten die Nationalsozialisten verharmlosend die willkürliche Verhaftung und Inhaftierung von politischen Gegnern, die bereits im März/April 1933 einsetzte. Auch in Rotenburg wurden im Frühjahr 1933 politische Gegner der Nazis verhaftet und in so genannte „Schutzhaft“ genommen. Zeitzeuge Georg Köhler - inzwischen verstorben - schilderte im November 1988 in einer Veranstaltung in der Kreisberufsschule Bebra Einzelheiten der Naziwillküraktion in Rotenburg.

Köhler, in den dreißiger Jahren Betriebsmaurer bei den Rotenburger Metallwerken (RMW), war 1933 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), der Jugendorganisation der SPD. Am 7. März 1933 wurden in der Fuldastadt die Sozialdemokraten Jakob Heußner, Wilhelm Brandau, Justus Fink, Konrad Heupel und Georg Köhler sowie fünf Kommunisten in „Schutzhaft“ genommen. Fünf der Inhaftierten wurden noch in der Nacht nach Sontra verlegt, die fünf anderen Häftlinge verblieben im Amtsgericht bzw. im städtischen Gefängnis. Wie Köhler berichtete, wurden die „Schutzhäftlinge“ nach 27 Tagen „unter besonderen Auflagen“ entlassen - vorher hatten die Nazis ihre Wohnungen durchsucht. Dreimal am Tag - um 8.00 Uhr, um 12.00 Uhr und um 18.00 Uhr mussten sich die Nazigegner auf dem Polizeirevier melden. In der Altstadt durften sie sich nur innerhalb des Gebiets Obertor-Untertor, in der Neustadt nur in dem Gebiet Kasseler Straße -Nürnberger Straße bewegen. Zeitzeuge Köhler: „Diese Schikane wurde erst nach fast 14 Monaten beendet.

Als Köhler im Zweiten Weltkrieg als Soldat im Russlandfeldzug kämpfen musste, informierte ihn sein Hauptfeldwebel, dass die „Schutzhaftmaßnahme“ bis zum Truppenteil gemeldet worden war und erst nach zwei Jahren im Melderegister gelöscht wurde. „Beim geringsten Vergehen“ bei der Wehrmacht habe die Gefahr bestanden, in die berüchtigte Strafkompagnie abkommandiert zu werden. Köhler: „Das wäre das Ende für immer gewesen“.

Als die „Schutzhäftlinge“ sich nach ihrer Entlassung bei der Polizei melden mussten, begegneten sie dort einem weiteren Rotenburger Bürger, der zu den „Meldepflichtigen“ gehörte: Anatole Gobiet, Fabrikant und ehemaliger Eigentümer der Rotenburger Metallwerke.

In Hersfeld wurden im Juni 1933 eine Reihe von Sozialdemokraten - darunter Georg Ellenberger und Georg Fehling - festgenommen und im Alten Amtsgericht Im Stift inhaftiert. Ellenberger und Fehling gehörten nach 1945 zu den führenden Kommunalpolitikern ihrer Partei in den Kreisen Hersfeld und Rotenburg.

Wer im demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen ist, kann sich schwer vorstellen, was die Nazigegner in der älteren Generation in der Zeit zwischen 1933 und 1945 mitgemacht haben. „Wir alle, ob schuldig oder nicht ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen, zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten“ (Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985).

Im Juni 1933 - die Nazis sind auch in den Kreisen Hersfeld und Rotenburg an der Macht - wird Georg Ellenberger (5.v.l.) gemeinsam mit anderen Sozialdemokraten festgenommen und im alten Amtsgericht im Stift in Hersfeld inhaftiert. An seinem Geburtstag am 26. Juni darf ihn seine Mutter in der „Schutzhaft“ besuchen und ihm einen Blumenstrauß überreichen. Bewacht werden Ellenberger und seine Freunde von zwei SA-Männern (links und rechts im Bild), die Armbinden mit der Aufschrift „Hilfspolizei“ tragen. Rechts neben Ellenberger steht Georg Fehling, ebenfalls sogenannter „Schutzhäftling“. Nach dem Krieg war Fehling langjähriger Erster Stadtrat in Bad Hersfeld

